

Sozial Engagierte fühlten Politik auf den Zahn

DISKUSSION Im Diözesanzentrum skizzierten Vertreter fast aller Parteien, welche Sozialpolitik von ihnen zu erwarten ist

VON FLORA JÄDICKE, MZ

REGENSBURG. Sozialpolitik sei nicht gerade das Lieblingsthema in Wahlkampfzeiten, betonte Moderator Manfred Schiessl, Vorstand der Sozialen Initiativen in Regensburg. Dennoch wollten rund 25 sozial Engagierte am Mittwochabend wissen, was sie nach der Wahl am 27. September von der Kommunalpolitik zu erwarten haben. Auf dem Podium im Diözesanzentrum standen Kandidaten aller Parteien Rede und Antwort. Abwesend waren

die Freien Wähler, weil sie keinen Kandidaten für den Bundestag stellen, und die Piratenpartei – obwohl eingeladen. Lediglich drei der 13 Gruppen Sozialer Initiativen in Regensburg stellten Fragen.

Die Trennungsväter drückte vor allem der Schuh bei der Abschaffung des Gesetzes zum elterlichen Sorgerecht bei Nichtverheirateten. „Wann wird der endlich gestrichen?“, lautete die Frage. Pro Familie fragte, warum Hartz IV-Empfängern im „Warenkorb“ nicht ausreichend Mittel für die Verhütung zur Verfügung stehen. Und der Verein

„Irren ist menschlich“ ehemaliger Psychiatrie-Patienten wollte wissen, ob „nach der Abwrackprämie auch mit einer Sozialprämie gerechnet werden darf“.

Einig waren sich alle beim Anliegen der Trennungsväter. „Viele Gesetze entsprechen nicht der Lebenswirklichkeit“, hieß es. Und auch der Sozialprämie wie sie „Irren ist menschlich“ anfragte, erteilten die Politiker einmütig eine Absage. Weniger harmonisch ging es zu bei der Bewertung des Hartz IV-Warenkorbs im Hinblick auf Verhütungsmittel. Die Vorschläge reich-

ten von „Verhütung per Einmalleistung auf Antrag“, wie bei ÖDP-Kandidatin Claudia Wiest und Peter Aumer (CSU), bis zur Anpassung von Hartz IV an die „Lebenswirklichkeit“, was Jürgen Huber (Bündnisgrüne) und Karl Söllner (SPD) propagierten. Grundsätzlich Probleme mit Hartz IV hatte Horst Maierhofer (FDP); er forderte ein „Bürgergeld“. Richard Spies von den Linken meinte: „Hartz IV verarmt Menschen per Gesetz.“

Ungemütlich drohte die Diskussion zu werden im Anschluss an die Fragestunde. Warum über Nacht für Banken all das Geld da war, das zuvor für die Sozialpolitik „angeblich“ gefehlt habe, fragte ein Teilnehmer und ließ sich nicht abwiegeln: „Das will ich jetzt wissen.“ Die antwortenden Politik-Vertreter spielten stets „den Ball zurück“. Nur Sozialdemokrat Karl Söllner gab zu, er könne sich das „auch kaum erklären“. Moderator Manfred Schiessl forderte in seinem Schlusswort denn auch „mehr ehrliche Politik“.

Peter Aumer (CSU), Richard Spieß (Die Linke), Claudia Wiest (ÖDP), Manfred Schiessl und Reinhard Keller (Soziale Initiativen), Jürgen Huber (Bündnisgrüne) und Horst Maierhofer (FDP, von links) diskutierten. Foto: mif

